



**Berlin, 29. Oktober 2026
Nr. 64/2026**

MuE-Arbeitgeber legen Reallohn-Minus auf den Tisch: IG Metall bereitet Warnstreiks in Berlin und Brandenburg vor

Die IG Metall hat in der zweiten Verhandlung für die Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg das erste Arbeitgeber-Angebot als „enttäuschend und weltfremd“ zurückgewiesen. „Was die Arbeitgeber heute vorgelegt haben, läuft auf ein krasses Reallohn-Minus für die Beschäftigten hinaus“, sagte IG Metall-Bezirksleiter Jan Otto. „Das ist nicht verhandelbar. Wir bereiten jetzt intensiv Warnstreiks in Berlin und Brandenburg vom 1. November an vor.“

Jan Otto, IG Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen und Verhandlungsführer für Berlin und Brandenburg: „Die zweite Verhandlung war für die Arbeitgeber in Berlin und Brandenburg die letzte Gelegenheit, mit einem verhandlungsfähigen Angebot Warnstreiks noch abzuwenden. Diese Chance haben sie nicht genutzt. Die Beschäftigten erwarten und brauchen in diesen Zeiten mit gewaltigen Preissteigerungen einen spürbaren Anstieg ihrer Monatsentgelte. Dies ignoriert der Arbeitgeberverband VME weiterhin komplett. Unterm Strich will er eine knallharte Minusrunde für die Beschäftigten durchsetzen. Mit diesem enttäuschenden und weltfremden Angebot ist eine Einigung nicht möglich. Wir verstärken daher die Vorbereitungen für Warnstreiks, um den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen.“

Die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen fordert für die rund 96.000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg 5 Prozent mehr Entgelt für 12 Monate. Zudem will sie in den Verhandlungen über die Absicherung der Arbeitsplätze und Standorte, über eine tarifliche Gewinnbeteiligung für Beschäftigte und Auszubildende sowie eine soziale Komponente zur Besserstellung unterer Entgeltgruppen sprechen.

Die Arbeitgeber hatten in der ersten Verhandlung kein Angebot vorgelegt. In der zweiten Runde heute am 29. Oktober schlugen sie vor, trotz der hohen Inflation die Entgelte im Jahr 2027 gar nicht zu erhöhen und im Juli 2028 um gerade 1,3 Prozent. Für das nächste Jahr ist lediglich eine geringe Einmalzahlung vorgesehen. Die Friedenspflicht endet am 31. Oktober. Ab dem 01. November sind Warnstreiks möglich.

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82